

Sollte der Newsletter nicht angezeigt werden, klicken Sie bitte [hier](#).

Süddeutsche Zeitung
DOSSIER

Digitalwende

Montag, 3. Juni 2024



Florian Eder

mit Matthias Punz und Miriam Dahlinger

Schnelldurchlauf: EU-Kommission fordert größere Wachsamkeit von Online-Plattformen +++ **Exklusiv:** Wie Digitalisierung Deutschland nachhaltiger machen soll +++ **Lobbies** haben Wünsche an die Digitalisierung der Ausbildung +++ **Tiefgang:** Das gefährdete „Innovationssystem Deutschland“

Guten Morgen. Der frühere US-Präsident Donald Trump hat am Wochenende ein offizielles Tiktok-Konto eröffnet. Er tut sich damit leichter als der Amtsinhaber, dessen Kampagnenteam als @BidenHQ dabei ist, der persönlich aber verzichtet – aus Gründen der nationalen Sicherheit, wegen der Furcht, die chinesischen Eigner könnten Unlauteres im Sinn haben.

Während seiner eigenen Amtszeit wollte Trump die App deswegen verbieten. Nun ist das Jungvolk, das sich dort vermehrt herumtreibt, eine begehrte Wählerschicht, und Trump ist wie geschaffen zum Tiktok-Star: Das Schlichte und Radikale verkauft sich dort weltweit besser als Präsidiales oder eine Aktentasche.

Trump's erster Post kam von einer Mixed-Martial-Arts-Veranstaltung. „Es gibt keinen besseren Ort“, sagte ein Sprecher seiner Kampagne. Er „wurde heldenhaft empfangen und von Tausenden Fans angefeuert“.

Was der Tag bringt

1.

EU-Kommission fordert Plattformen zu mehr Wachsamkeit auf

Věra Jourová kehrte am Samstag unzufrieden aus Kalifornien

zurück. Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission hatte nach dem Rechten sehen wollen und befand, die einschlägigen Plattformen nähmen russische Versuche, auf die Europawahl Einfluss zu nehmen, wohl nicht ernst genug, um ihnen entschieden zu begegnen. Die Bemühungen der „meisten“ Online-Plattformen erkenne sie an, sagte Jourová nach ihrer Rückkehr gegenüber SZ Dossier. „Aber Kalifornien ist weit von Russland entfernt und ich befürchte, dass das Ausmaß der Bedrohung hier unterschätzt wird.“

Wie Trump: Die tschechische Liberale ist zuständig für „Werte und Transparenz“ und damit auch für das Vertrauen in die Institutionen. Jourová beobachtet interessierte ausländische, vor allem russische, Propaganda, die Zweifel am ordnungsgemäßen Ablauf der Europawahl streue – die USA kennen es von der Trump-Kampagne gegen den gewählten Präsidenten. „Der Kreml arbeitet hart daran, die Systeme der Online-Plattformen zu manipulieren“, sagte sie uns.

Ihre Ziele: Die Plattformen sollten der EU-Wahl dieselbe Aufmerksamkeit schenken, wie es die Kommission tut, und ihre eigenen Geschäftsbedingungen durchsetzen. Das heißt: politische Werbung als solche erkennen und behandeln, gegen gefälschte Konten vorgehen, und nicht zuletzt die Komplexität der EU anerkennen, allein sprachlich. Die Unternehmen möchten in das Verständnis von Risiken „in allen EU-Sprachen“ investieren, speziell in den kleinen, anfälligen Communities wie im Baltikum.

Bitte rasch: „Es sind nur noch wenige Tage bis zu den Wahlen, an denen die Gefahr der Einmischung am größten ist“, sagte Jourová. „Jetzt ist es an der Zeit, alle Instrumente und Kooperationsplattformen zu mobilisieren, um sicherzustellen, dass die Menschen ihre Stimme abgeben, ohne online manipuliert zu werden.“

2.

Digitalisierung soll Entwicklungsziele retten helfen

Die Bundesregierung nimmt sich vor, in der zweiten Hälfte des Wegs zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung den Fokus „noch stärker auf die Digitalisierung als Beschleuniger der Transformation zur Nachhaltigkeit zu richten“, so heißt es in der Dialogfassung der Nachhaltigkeitsstrategie der Regierung, die SZ Dossier vorliegt und heute veröffentlicht werden soll.

Chancen und „Verantwortung“: Bei keinem der weltweit vereinbarten und im Zweifel – im Priorisierungswettstreit wegen der Kosten oder der Furcht vor der Auswirkung auf Wahlergebnisse – auch weltweit ignorierten Ziele bis 2030 kann sich Deutschland zurücklehnen. Eine gewisse

Technologieoffenheit soll es nun richten helfen: „Entscheidend ist, dass die Digitalisierung nicht nur Chancen, sondern auch Verantwortung mit sich bringt“, heißt es in dem 150-seitigen Dokument, das in den Ressorts erarbeitet und von der zuständigen Staatsministerin im Bundeskanzleramt Sarah Ryglewski koordiniert wurde. Interessierte können es bis Ende Juli kommentieren.

Echt digital, echt Kreislauf: Konkret, so konkret es eben wird in einer Regierungsstrategie, ist die Hoffnung, dass Digitalisierung „die Einführung von Technologien, die den Energieverbrauch optimieren und Ressourcenverbräuche reduzieren“, ermögliche und zudem einer „echten Kreislaufwirtschaft“ zum Durchbruch ver helfe. „Zudem wird die Entwicklung nachhaltiger Technologien, wie erneuerbare Energien und umweltfreundliche Produktionsmethoden, durch die Digitalisierung weiter vorangetrieben.“

We want you: Damit es auch so kommt, will die Regierung Jobs in der Verwaltung attraktiver machen – und das ist ein wirklich konkretes Vorhaben der Strategie: „Um Digitalisierungsprojekte erfolgreich und nachhaltig selbst gestalten zu können, überprüft die Bundesregierung die Einstellungsvoraussetzungen und Eingruppierungen von Fachkräften im Bereich IT und passt diese den Marktbedingungen an.“

Mehr zur Nachhaltigkeitsstrategie heute im Platz der Republik – und bald widmen wir dem Thema ein eigenes, regelmäßiges Dossier. Bleiben Sie empfängsbereit.

3.

Cyberangriff auf die CDU

Der Verfassungsschutz und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik haben Ermittlungen wegen des Cyber-Angriffs auf die CDU aufgenommen. Die Bundespolitik ist gewarnt: „Unsere Sicherheitsbehörden haben alle Schutzmaßnahmen gegen digitale und hybride Bedrohungen hochgefahren und klären zu Gefahren auf“, sagte ein Sprecher des Innenministeriums. „Wir sehen erneut, wie notwendig dies gerade vor Wahlen ist.“

BMI vermutet professionelle Täter: Das Ministerium hatte zuvor den Hackerangriff auf die CDU bestätigt und auch, dass das Vorgehen auf Profis hindeute. Die betroffene Partei selbst sagte, sie arbeite eng mit Behörden und eigenen Experten zusammen. Ihr Vorsitzender Friedrich Merz bekam nach Angaben aus Regierungskreisen von Innenministerin Nancy Faeser selbst ein Briefing. Dass die Hacker ohne Ansehen der Partei angreifen, wird Faeser ihm in Erinnerung gerufen haben: Im vergangenen Jahr war

ihre SPD Opfer eines Angriffs, für den die Bundesregierung den russischen Militärgesamtdienst verantwortlich macht.

4.

DGB warnt vor digitaler Übertölpelung

Der Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung beschäftigt sich heute in einer Anhörung mit Meinungen und Positionen zum sogenannten Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz (BVaDiG). Dessen Ziel: Bürokratieabbau, etwa durch Verträge und Ausbildungsnachweise auch in digitaler Form. Dafür gibt es in den Stellungnahmen viel Lob im Grundsatz und Detail – aber Interessengruppen sehen auch zahlreiche Zielkonflikte, berichtet Miriam Dahlinger.

Angst vor „Missbrauch“: „Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bedauern, dass eine eigentlich tolle Idee (digitaler Ausbildungsvertrag) zu einem echten Risiko für junge Menschen am Anfang ihres Berufslebens werden zu droht“ (sic!), heißt es in der DGB-Stellungnahme. Die Gewerkschaften fürchten, dass die geplante Umstellung auf die Textform (statt wie bisher die Schriftform) „die Stellung der Auszubildenden gegenüber dem Ausbildungsbetrieb und auch vor Gericht erheblich verschlechtert“.

Gewerkschaftswunsch: Die geplante Neuregelung lasse etwa eine „klare Identifikation der Vertragsschließenden“ vermissen. Vorschlag zur Abhilfe: „Nur die qualifizierte elektronische Signatur stellt nach der derzeitigen Rechtslage ein Äquivalent zur Unterschrift auf Papier dar und erfüllt die gleiche Beweisfunktion.“

„Bürokratieaufwuchs“ verhindern: Die Deutsche Industrie- und Handelskammer warnt indes vor einem „Bürokratieaufwuchs“ statt Abbau. „Die neuen Regelungen zum Ausbildungsvertrag führen in jährlich rund 500.000 Fällen zu einem erheblichen bürokratischen Mehraufwand“, heißt es in der Stellungnahme: Ausbildungsbetriebe wehren sich gegen eine zusätzliche Nachweispflicht, dass Auszubildende ihren Vertrag erhalten haben. „Es erschließt sich nicht, worin das Risiko besteht, das ein Erfordernis einer Empfangsbestätigung rechtfertigt.“

Tiefgang

„Innovationssystem Deutschland“ in Gefahr

Wer die Verwaltung modernisieren will, muss es ganzheitlich angehen – vom Personal über Strukturen bis hin zur technischen Ausstattung. Sonst wird es nie was: Beschäftigte werden in Strukturen sozialisiert, die eine Arbeitskultur prägen, die wiederum Strukturen festigt. Gleichzeitig kann Technologie nur dann sinnvoll angewendet werden, wenn Strukturen und Prozesse dies zulassen.

Die drei Bereiche könnten nicht weiter isoliert voneinander betrachtet werden: So geht das Argument der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (Acatech). Die Studie „Innovationssystem Deutschland – Effizienz und Agilität der öffentlichen Verwaltung erhöhen“ wird heute veröffentlicht und am Abend in Berlin diskutiert. Unter den drei Autorinnen und Autoren ist Acatech-Vizepräsident Christoph M. Schmidt, der das RWI-Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung leitet.

Die Verwaltung laufe Gefahr, weit mehr als sich selbst zu bremsen. „Jeder Innovationsprozess im Land hat irgendwo Schnittstellen zur Verwaltung“, sagte Schmidt im Gespräch mit SZ Dossier. **Arbeite die Verwaltung nicht effizient, sei das gesamte Innovationsökosystem gefährdet: „Zeit ist essenziell bei Innovationen“**, sagte Schmidt. „Dinge, die schnell abgearbeitet werden könnten, sollten auch schnell abgearbeitet werden.“

Der öffentliche Sektor spiele derzeit „leider eine viel zu geringe Rolle“ im Innovationsökosystem Deutschland, sagte Anja Theurer, eine von zwei Geschäftsführerinnen beim Digitalservice Bund, der hauseigenen Softwareschmiede der Bundesregierung. Der moderne Staat sei „unterentwickelt“ und weit davon entfernt, Stütze von Innovationen im Privatsektor zu sein, sagte die Expertin, die vorher beim Cyber Innovation Hub der Bundeswehr tätig war und heute Abend mitdiskutiert.

Auf der Umsetzungsebene bei den Kommunen müsse man schon viel früher ansetzen, indem die Kommunen bereits in den Konzeptionsphasen der Großprojekte von Bund und Ländern, wie dem Onlinezugangsgesetz (OZG) und der Registermodernisierung, einbezogen werden, sagte Katrin Giebel, Geschäftsstellenleiterin von Vitako, der Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister. **„Digitale Lösungen müssen praktikabel und nachnutzbar sein und sofort einen Mehrwert bieten.“**

Laut Giebel, die heute Abend ebenfalls mitdiskutiert, räche sich nun, was jahrelang nicht priorisiert wurde: „Wir haben in Deutschland keine Standards und keine Interoperabilität bei den IT-Systemlandschaften in der Verwaltung.“ Strukturen seien historisch gewachsen, das Gesamtsystem sei viel zu komplex und durch viele Eigeninteressen sowie technologische Eigenentwicklungen geprägt.

Gerhard Kussel, Programmbereichskoordinator bei Acatech und Mitautor der Studie, beklagt eine „Verantwortungsdiffusion“ bei der Verwaltungsdigitalisierung: „Jeder macht ein bisschen Verwaltungsdigitalisierung, aber keiner hat den Hut auf.“ Beispiel: Weder gibt es ein Ministerium, in dem die Fäden zusammenlaufen, noch einen eigenen Ausschuss im Bundestag. Das Thema hänge stattdessen an „ganz vielen Einzelpersonen“, die sich einigen müssen.

Ein Positivbeispiel, das auch in der Studie ausgeführt wird, sei Hamburg, wo man früh die Position eines Chief Digital Officer geschaffen und dafür jemand von außen geholt hat. **„Wenn man das Thema zur Chefsache macht, die Strukturen ändert und die entsprechenden Leute einstellt, dann funktioniert das“**, so Kussel.

Ein anderes Problem ist fehlendes Teamwork. Es sei „noch keine Selbstverständlichkeit“, nach links und rechts zu schauen, wo es schon gute Projekte und Blaupausen gebe, sagte Giebel. „Verwaltungsmodernisierung in Deutschland wird nur erfolgreich sein, wenn sie flächendeckend, also kooperativ, umgesetzt wird.“

Seit Jahren ein Streitthema ist zudem die Finanzierung. Es gibt keine grundsätzliche Übereinkunft, wie die Digitalisierung des Staates bezahlt werden soll und wer das in welchem Umfang leisten soll. Im Corona-Konjunkturpaket waren drei Milliarden Euro für digitale Verwaltung, das OZG und die Registermodernisierung vorgesehen. Das sorgte nur kurzzeitig für Entspannung. Das „OZG 2.0“ verharrt seit März im Vermittlungsausschuss, weil die Länder forderten, dass der Bund zahlen soll, wenn er Standards vorschreiben will – wie im Gesetzentwurf vorgesehen (SZ Dossier berichtete).

„Derzeit geben wir vor allem für Technik Geld aus, das entfaltet aber keine bundesweite Breitenwirksamkeit.“

Anja Theurer

Chief Financial Officer (CFO) beim Digitalservice des Bundes

Doch auch auf Bundesebene wird derzeit ums Geld gestritten, derzeit laufen die Verhandlungen zum Bundeshaushalt. Im Haushalt für das laufende Jahr fielen bereits einige Digitalprojekte (wie die Smart-eID) Kürzungen zum Opfer, das wird für das kommende Jahr nicht anders sein. „Manche glauben immer noch, dass Digitalisierung vorübergeht und man da rumkürzen kann“, sagte Theurer vom Digitalservice. Gleichzeitig müsse man sagen, dass genug Geld vorhanden sei. „Wenn man mal zusammenzählt, was Bund, Länder und Kommunen in Summe bereits für Digitalisierung ausgegeben haben, ist das enorm.“

Das Problem, so Theurer: **„Wir reden immer nur darüber, was reingesteckt werden muss, nicht darüber, was rauskommen soll.“** Projekte müssten sich am Ergebnis messen lassen. Die Schuldenbremse sollte nicht aufgeweicht werden, fand Wirtschaftswissenschaftler Schmidt: „Ich denke nicht, dass wir so etwas wie ein Sondervermögen ‚digitale Verwaltung‘ brauchen.“ Es brauche kompetente Führungskräfte und Beschäftigte, innovationsfördernde Strukturen und moderne Technologien. Geld allein löse das Problem keinesfalls.

Für Theurer braucht es politische Priorisierung: **„Wir müssen die sinnvollen Projekte finanzieren.“** Das heißt: in Transformation und Kulturwandel investieren. „Derzeit verschiebt sich der Fokus allein auf Technik, das entfaltet aber deutlich weniger Breitenwirksamkeit.“ Einzelne technische Lösungen ließen sich vielleicht politisch besser verkaufen, weil sie greifbar sind, änderten aber nichts im Gesamtsystem. Im schlimmsten Fall bremse der Fokus auf Einzellösungen grundsätzliche Reformen aus – eben, weil die Mittel begrenzt sind.

Acatech-Experte Kussel sagte, dass in Deutschland zwar die Prinzipien Subsidiarität und Konnexität gelten. Sprich: „Wer die Musik bestellt, der zahlt.“ Dass dies nicht reibungslos funktioniere, sei sicher ein Grund dafür, warum diverse Initiativen gescheitert sind – wie zuletzt das OZG-Änderungsgesetz. **„Jeder versucht, sich möglichst viel Entscheidungskompetenz zu sichern, aber gleichzeitig möglichst viel Zahlungsverantwortung auf andere abzuschieben.“**

Im Bereich der Beschäftigten empfehlen die Studienautoren unter anderem, dass der öffentliche Sektor angesichts der vielfältigen Herausforderungen damit beginnen sollte, die Dinge ganzheitlicher zu betrachten. Beschaffung sollte als ein bundesweiter Hebel für Innovationen gesehen werden und strategischer angegangen werden. Ebenso das Personalmanagement, das bisher keiner wirklichen Strategie folgt, um Kompetenzen und Fachkräfte in die Verwaltung zu holen. Zudem: Strukturen innerhalb der Organisationen und im Gesamtsystem sollten aufgebrochen werden.

Echte Transformation brauche eine „klare politische Vision“, heißt es. Etwa zu der Frage, „wie sich die öffentliche Verwaltung im Spannungsfeld aus Gesetzmäßigkeit und Regeltreue einerseits sowie Effizienz und Agilität andererseits positionieren soll“. Im technologischen Bereich fordern die Autoren, dass endlich eine „flächendeckende Ende-zu-Ende-Digitalisierung von Verwaltungsprozessen“ umgesetzt werde. Matthias Punz

Zitat des Tages

„Ich wüsste jetzt keine Anwendung, die wir noch auf Floppy Disk hätten. Da kann ich mich aber auch irren – weil in der Beschaffung sind wir nicht ganz so schnell.“

Brigadegeneral **Rainer Simon**, Leiter der Bundesweherschule für Informationstechnik, auf dem Katholikentag zur Sicherung von Systemen durch Abkopplung vom Internet

Feedback

Wir freuen uns über Ihre Meinung zum SZ Dossier.



Florian Eder
Leiter SZ Dossier



Matthias Punz
Teamleiter

[Zur Startseite von SZ Dossier](#) [Zur Startseite von SZ.de](#)

[Ihre Newsletter verwalten](#)

Süddeutsche Zeitung
DOSSIER

Impressum: Süddeutsche Zeitung GmbH,

Hultschiner Straße 8, 81677 München

Tel.: +49 89 2183-0, Fax: +49 89 2183 9777

Registergericht: AG München HRB 73315

Ust-Ident-Nr.: DE 811158310

Geschäftsführer: Dr. Karl Ulrich, Dr. Christian Wegner

Copyright ©Süddeutsche Zeitung GmbH | Süddeutsche Zeitung Dossier GmbH.

Sie erhalten den Newsletter an die E-Mail-Adresse max@mustermann.com.

Wenn Sie den „SZ Dossier Digitalwende“-Newsletter nicht mehr erhalten möchten, klicken Sie bitte [hier](#).

[Datenschutz](#) | [Kontakt](#)